

13. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz. 9. Juni 1949.

359/J

A n f r a g e

der Abg. K a p s r e i t e r , Dr. M a l e t a , Ing. S c h u m y und
Genossen

an die Bundesregierung,

betreffend Massnahmen im Staatshaushalt.

-.-.-.-.-

Die zum Zwecke der neuerlichen Sanierung des Budgets durchgeführten Massnahmen bestanden ausschliesslich in einer Erhöhung der Einnahmen durch Steuern, Gebühren und Tarife, während auf der Ausgabenseite sogar zusätzliche sehr wesentliche Erhöhungen, aber keine konkreten Massnahmen zu Einsparungen und Rationalisierungen der Staatswirtschaft bekanntgemacht wurden.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher an die Bundesregierung das Ersuchen, ehemöglichst positive Erklärungen abzugeben, auf welche Weise eine Vereinfachung der Verwaltung und eine strengere Kontrolle aller Ausgaben in Aussicht genommen ist. Sie weisen insbesondere auf die gleichzeitig eingebrachten Anfragen hin, welche die Gebarung der verstaatlichten Unternehmungen, die Verrechnung der Subventionen und die Verwendung der Schillingerlöse aus den Hilfsfonds betreffen, nachdem auch diese Feststellungen eine wesentliche Grundlage für alle weiteren Überlegungen und Reorganisationspläne darstellen werden.

-.-.-.-.-